

Dringlichkeit

ANTRAG Nr.: §14/2022/002

gem. § 22 GGO

eingbracht am: 23.3.2022

im: Gemeinderat

§ 14 GGO

Verfügung: 23. März 2022

1. Zur Federführung: MAS hins PK1) MAG hins PK2)

2. Bgm. Dipl.-Ing. Preuner

3. Ressort: ^{SPR: MAG & HOFER/QUELLE hins 1)} ^{SPR: MAG & HOFER/QUELLE hins 2)} Berthold hins 2)

4. Klubs und Fraktionen

5. MD/01 zum Register

6. Sonstige:

Dringlicher – Antrag gem. § 22 GGO

Nach russischem Angriffskrieg: Geflüchteten Schutz bieten, Ausstieg aus fossilen Energien vorantreiben

24.3.2022 Tifun

Der brutale russische Angriffskrieg gegen die Ukraine führt zu Tod und Leid mitten in Europa. Dieser Krieg hat schlimmste Auswirkungen für die Menschen im gesamten Land. Es sind nun alle Ebenen gefordert, Unterstützung für die Menschen in der Ukraine zu organisieren und denjenigen zu helfen, die aus ihrer Heimat flüchten.

Die Auswirkungen des Kriegs werden alle Politikfelder und -ebenen betreffen: neben der europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, insbesondere auch die Energiepolitik. Die Europäische Union hat schnell und geeint umfangreiche Sanktionspakete auf den Weg gebracht, die das Ziel haben, die Weiterfinanzierung des Angriffskriegs zu unterbinden.

Rohstoffverkäufe sind die Haupteinnahmequelle Russlands. Österreich ist wie andere Länder auch noch auf russisches Gas ausgerichtet. Neben den klimapolitischen Folgen der Erdgasnutzung, hat dies zu einer gefährlichen Abhängigkeit geführt. „Raus aus den Fossilen“ bedeutet daher nicht nur, klimapolitisch die notwendigen Weichen zu stellen – es bedeutet mehr als je zu zuvor Freiheit von autoritären und jetzt auch kriegsführenden Regimen.

Salzburg ist Menschenrechtsstadt. Angesichts der aktuellen Ereignisse wollen wir uns dazu bekennen, dass Salzburg selbstverständlich auch einen Beitrag zur Versorgung und Unterbringung von aus der Ukraine geflüchteten Menschen leisten wird. Gleichzeitig muss – gemeinsam mit Bund, Land und Salzburg AG – der Ausstieg aus fossilen Energien in allen Bereichen vorangetrieben werden.

Die unterzeichnenden Gemeinderät*innen stellen daher den

ANTRAG

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Stadt Salzburg bekennt sich dazu,

1. als Menschenrechtsstadt selbstverständlich auch einen Beitrag zur Versorgung und Unterbringung von aus der Ukraine geflüchteten Menschen zu leisten und
2. nun noch intensiver und unmittelbarer als bisher – gemeinsam mit Bund, Land Salzburg und Salzburg AG – den Ausstieg aus den fossilen Energien in allen Bereichen voranzutreiben.